

Informationsblätter

Jemen-Konflikt

„Wir stehen vor der größten humanitären Krise seit der Gründung der Vereinten Nationen“. So beschrieb Stephen O`Brien, der Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen (UN), bereits Anfang 2017 die Lage im Jemen. Dieses Infoblatt versucht einen groben Überblick über die politische und humanitäre Situation sowie die jüngere Geschichte des Wüstenstaates zu geben. Da sich die dortige Lage als sehr komplex und vielschichtig darstellt, erhebt der Text keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Geschichte des Konflikts

Bis zum Jahr 1990 gab es, wie in Deutschland, keinen einheitlichen jemenitischen Staat. Das heutige Territorium teilte sich in die Länder Nord- und Südjemen. Vor der Vereinigung am 22. Mai 1990 waren Nord- und Südjemen politisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlich geprägt. Der Nordjemen stand unter dem politischen Einfluss Saudi-Arabiens und war marktwirtschaftlich ausgerichtet, wohingegen der Süden sozialistisch geprägt war und von der damaligen Sowjetunion, der DDR und Kuba politisch, militärisch und wirtschaftlich unterstützt wurde. Durch den Niedergang der Sowjetunion Ende der 1980er Jahre näherten sich die beiden jemenitischen Staaten schrittweise an und vereinigten sich schließlich 1990. Allerdings war die Vereinigung nicht mit einer Beruhigung der politischen Lage verbunden. Vor allem von der „Südlichen Bewegung“ gingen, aus einem Gefühl der Unterdrückung durch den Norden heraus, immer wieder Unabhängigkeitsbestrebungen und Forderungen nach mehr Mitspracherecht der südlichen Bevölkerung aus.

Die jetzige Konfliktsituation im Jemen hat ihren Ursprung in religiösen Spannungen aus der Zeit vor der Vereinigung 1990. Der Norden war geprägt von mehrheitlich sunnitischen Stammesgruppen. Um seine Macht zu erhalten, marginalisierte Ex-Präsident Ali Abdallah Salih die schiitische Strömung der Zaydiyya, die mit dem alten Herrschaftssystem verbunden war. Im Zuge dessen ließ er Saudi-Arabien den Wahabismus als sunnitisch-islamische Strömung im Nordjemen als Gegenspieler zur Zaydiyya fördern. Im aktuellen Konflikt spielen die schiitischen Huthi-Rebellen eine wichtige Rolle. Sie formierten sich ursprünglich als Reaktion auf die Stigmatisierung der Zaydiyya im Nordjemen. Die Rolle des Irans ist umstritten – während Saudi-Arabien und seine Verbündeten die Huthi als bewaffneten Arm des Irans ansehen, meinen unabhängige Beobachter*innen, dass die (vorhandene) Unterstützung sehr begrenzt und keineswegs strategisch ausgerichtet ist.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420
814
Swift-Code WELADED1MIN

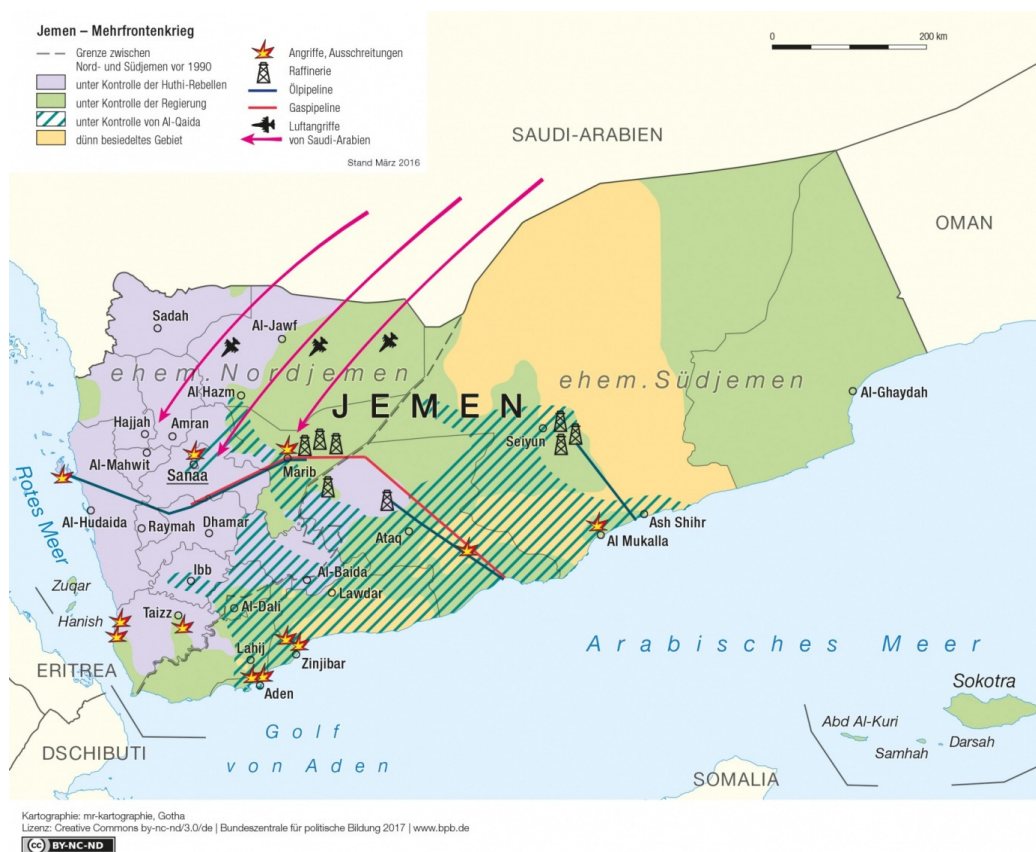
Unsere Projektseiten:

www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.friedensbildung-nrw.de
www.love-storm.de

BSV ist Mitglied dieser

Organisationen:
War Resisters' InternationalForum
Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Im Zuge des Arabischen Frühlings 2011 kam es zu Protesten gegen den damaligen Präsidenten Salih, der schon vor 1990 die politische Macht im Nordjemen inne hatte und nach der Vereinigung den neu entstandenen Einheitsstaat regierte. Als Ergebnis der Proteste trat Salih 2012 unter der Zusicherung von Immunität durch eine saudisch-geführte Koalition (SGK) zurück. Nachfolger wurde sein ehemaliger Stellvertreter Abed Rabbo Mansur Hadi. Eine eingesetzte sogenannte „Dialogkonferenz“ sollte unter Einbeziehung aller politischer Akteure eine neue Verfassung ausarbeiten und eine Strategie zur friedlichen Konfliktlösung erarbeiten, welche letztlich zur Demokratisierung des Jemen führen sollte. Dieser Übergangsprozess scheiterte im Endeffekt an der Frage der zukünftigen Machtverteilung, da Ex-Präsident Salih auch nach dem Rücktritt seine Machtansprüche nicht zurückstellte. Die SGK ist eine Vereinigung hauptsächlich sunnitischer Staaten, die die jemenitische Regierung politisch und militärisch unterstützen.



Quelle: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54611/jemen>

Eingreifen Saudi-Arabiens

Diese vom Westen unterstützte und saudisch geführte Militärallianz mit der jemenitischen Regierung unter Präsident Hadi auf der einen Seite und Ex-Präsident Salih mit den verbündeten und vom Iran unterstützten nordjemenitischen Huthi-Rebellen auf der anderen Seite stellen die Hauptkonfliktparteien im Jemen dar. Bereits ab Mitte 2014 destabilisierte sich die innenpolitische Lage zunehmend. Im Kern dreht sich der Konflikt um machtpolitische Hegemonieansprüche sowohl der schiitischen Huthi-Rebellen, welche immer weiter Richtung Süden vorrücken und 2014 die Hauptstadt Sanaa eingenommen haben, als auch der international anerkannten Hadi-Regierung. Den Huthis wird von Seiten des sunnitisches Saudi-Arabiens Nähe zum schiitischen Iran vorgeworfen. Aufgrund dessen wird der Konflikt in der öffentlichen Berichterstattung oftmals als ein inner-islamischer, religiös und geopolitisch motivierter Stellvertreterkrieg dargestellt. Die Hadi-Regierung trat 2015 zurück, ist allerdings weiterhin international anerkannt. Nachdem die Huthi-Rebellen die Hauptstadt Sanaa eingenommen hatten, floh Hadi in die südjemenitische Stadt Aden. Ex-Präsident Salih wurde

Medienberichten zufolge im Dezember 2017 von Huthi-Rebellen getötet, nachdem er das Bündnis mit den Aufständischen aufgekündigt hatte. Seitdem haben im Norden die Huthis die Alleinherrschaft übernommen. Im Süden regiert ein Übergangsrat; die international anerkannte Regierung steht nur auf dem Papier.

Saudi-Arabien griff im März 2015 militärisch in den Jemen-Konflikt ein. Am 26. März 2015 begann Saudi-Arabien, mit einigen Mitgliedstaaten des Goldkooperationsrates und weiteren Ländern und mit logistischer Unterstützung durch Frankreich, die USA und Großbritannien eine Boden- und Luftoffensive mit dem Ziel, die Huthis aus der Hauptstadt zu vertreiben und die Regierung von Hadi wieder einzusetzen. Auch Deutschland unterstützte die Intervention in Jemen allein 2017 mit Rüstungsgütern im Wert von 1,3 Milliarden Euro. Der Jemen wurde mit einer umfangreichen See- und Luftblockade isoliert. Bodentruppen der arabischen Koalition gelang es, unter massivem Bombardement die Hafenstadt Aden und einige Gebiete zurückzuerobern, so dass die Exilregierung in die Stadt zurückkehren konnte. Die Hauptstadt Sanaa und weite Teile Nordjemens blieben bis heute jedoch in der Hand der Rebellen.

Neben den genannten Konfliktparteien sind noch weitere Akteure im Jemen aktiv und versuchen ihren Einfluss zu vergrößern. Die radikal-islamischen Terrororganisationen Al-Qaida und der sogenannte Islamische Staat bekämpfen beide die Huthi-Rebellen. Sie profitieren von der Zerstörung staatlicher Strukturen und kontrollieren Teile des Jemens. Al-Qaida gelang es bereits, weite Teile des Südens unter seine Kontrolle zu bringen. Der sogenannte IS kontrolliert dagegen vergleichsweise kleine Gebiete. Die USA bekämpfen beide vor allem durch den Einsatz von Drohnen im Rahmen des sog. „Kriegs gegen den Terror“.

Humanitäre Situation

22,2 Millionen Menschen benötigen laut einem aktuellen UN-Bericht humanitäre Hilfe. Bei einer Bevölkerungsgröße von lediglich ca. 30 Millionen Menschen betrifft diese Krise damit 75% der Bevölkerung direkt. 11,3 Millionen Menschen davon benötigen sofortige Hilfe, um überhaupt überleben zu können - eine Million mehr als noch im Juni 2014. Rund 10.000 Menschen wurden seit Beginn des Krieges getötet. 16 Millionen Menschen hatten 2017 keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser. Zudem brach im Jahr 2017 die weltweit schlimmste Cholera-Epidemie aus, bei der bis heute ca. eine Million Menschen erkrankten. Die Gesundheitsversorgung ist in einem katastrophalen Zustand, sodass die Kranken und Verletzten nicht oder nur unzureichend behandelt werden können. Lediglich die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen ist aktuell funktionsfähig. Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht, dass die UN von der „größten humanitären Krise seit der Gründung der Vereinten Nationen“ sprechen.

Wirtschaftliche Situation

Erschwerend zu dieser humanitären Notlage kommt die schlechte wirtschaftliche Situation hinzu. Der Jemen ist in hohem Maße abhängig von Importen. Vor der eskalierenden Krise 2014 wurden 80-90% der Grundnahrungsmittel aus dem Ausland eingeführt. Durch Bombardements und Blockaden der Häfen durch Saudi-Arabien gelangen jetzt nur noch sehr wenige Güter ins Land. Dies hat zur Folge, dass der Preis, sowohl für Nahrungsmittel als auch für Kraftstoff, der für den Transport benötigt wird, extrem gestiegen ist. So können sich große Teile der Bevölkerung lebensnotwendige Güter nicht mehr leisten und sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, die es allerdings aufgrund der schwierigen politischen Lage ebenfalls sehr schwer hat, Zugang zur Zivilbevölkerung zu erlangen. Der Preis für Wasser stieg beispielsweise um bis zu 60%. Die Vereinten Nationen fordern deshalb einen dauerhaften und gesicherten Zugang zu lebensnotwendigen Gütern. Ansonsten könne eine weitere Katastrophe nicht verhindert werden.

Fazit

Die Lage im Jemen gestaltet sich derzeit als extrem verworren. Gegensätzliche politische, religiöse, militärische und wirtschaftliche Interessen verschiedener nationaler und internationaler Akteure lassen eine baldige friedliche Lösung des Konfliktes in weiter Ferne erscheinen.

Grundsätzlich bedarf es einer Besserung der Situation auf zwei Ebenen – kurzfristig das Ermöglichen von ausreichend humanitärer Hilfe und eine langfristige politische Lösung. Millionen Menschen sind aktuell vom Hungertod bedroht, haben kein Zugang zu Trinkwasser und lebenswichtigen Medikamenten. Die Gesundheitsversorgung ist praktisch zusammengebrochen. Ein erster Schritt wäre es, unbeschränkt Hilfsgüter ins Land zu lassen und die Blockade der Häfen und Flughäfen durch Saudi-Arabien aufzulösen, sodass wieder Grundnahrungsmittel und wichtige Güter wie Kraftstoff importiert werden können. Ein zweiter Schritt muss eine dauerhafte friedliche, politische Lösung des Konfliktes sein. Schlüssel dazu dürfte ein von allen Konfliktparteien akzeptierter Präsident sein, welcher einen Demokratisierungsprozess unter Berücksichtigung aller Interessen in Gang setzt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Machtanspruch sowohl der Huthi als auch der Anti-Huthi-Koalition zurückgestellt, eine konstruktive und demokratische Kompromissfindung ermöglicht, und eine weitere Eskalation zu Lasten der Zivilbevölkerung verhindert wird. Der Nachbarstaat Oman könnte dabei als unabhängiger Vermittler agieren. Als einziges Mitglied der saudischen Militärkoalition hat sich der Wüstenstaat nicht an Angriffen auf den Jemen beteiligt. Andererseits muss sich insbesondere Saudi-Arabien dazu verpflichten, politische Machtspiele im Jemen zu unterlassen, sodass eine innerjemenitische Lösung ermöglicht wird. Auch Deutschland kann seinen Teil zur Lösung beitragen, indem sofort die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gestoppt werden und diplomatische Hilfe geleistet wird.



Saudischer Luftschlag in Sanaa. Foto: Ibrahim Qasim, CC BY-SA 4.0

Text: Levin Vogt
Erstellt: April 2018

Quellen:

<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54611/jemen>

<https://www.nzz.ch/meinung/jemen-hat-frieden-verdient-ld.1365745>

<https://www.freitag.de/autoren/jakob-reimann-justicenow/des-westen-als-treuer-al-qaida-verbuedeter>

<https://www.liportal.de/jemen/geschichte-staat/>

<https://www.tagesschau.de/inland/ruestungsexporte-159.html>

SWP, Saudi-Arabiens Krieg im Jemen, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A51_sbg.pdf

UN Humanitarian Response Plan 2018 (2018)

ETH Zürich: Krieg im Jemen: Revolution und saudische Intervention (2015)

International Crisis Group: Yemen at War (2015)